

Zeitung vum Lëtzebuenger Vollek



Leitartikel Nationale Politik Internationale Politik Aus den Betrieben Kultur Inland

INTERNATIONALE POLITIK

Provozieren statt helfen

USA-Regierung setzt auf Abwerbung kubanischer Ärzte



Ein seit 2006 bestehendes Programm zur Abwerbung kubanischer Mediziner in internationalen Hilfseinsätzen sorgt vor den Präsidentschaftswahlen in den USA für Zündstoff. Anlaß sind Beschwerden angeheuerter Seitenwechsler über die angeblich schleppende Visavergabe. Eine Gruppe sitzt seit Monaten in Kolumbien fest und beklagt sich jetzt über menschenunwürdige Lebensbedingungen in einer gefährlichen Umgebung.

Man solle es sich »zweimal überlegen«, ob man sich als Mitarbeiter einer medizinischen Hilfsmision bei einer USA-Botschaft meldet, um die Angebote des vom State Department und dem Ministerium für Heimatschutz verantworteten Programms »Cuban Medical Professional Parole« (CMPP) in Anspruch zu nehmen, warnte der kubanische Arzt Leonardo Téllez (26) am Freitag in der in Miami erscheinenden Tageszeitung »Nuevo Herald«. Reporter des stramm antikommunistischen Blattes hatten ihn in Bogotá interviewt. Téllez, der sich im Januar von einem Einsatz kubanischer Mediziner im Nordosten Venezuelas abgesetzt hatte, wartete sieben Monate auf sein Einreisevisum für die USA.

Der Arzt aus der Provinz Granma haust jetzt gemeinsam mit zwölf weiteren Abtrünnigen in einem schäbigen Appartement in der kolumbianischen Hauptstadt. Alle hatten auf das CMPP-Programm gehofft, das mit der Zusage von Einreise- und Aufenthaltserlaubnis sowie gut bezahlten Jobs in den USA gezielt Ärzte, Krankenschwestern, Physiotherapeuten und medizinische Laboranten von der sozialistischen Karibikinsel zur Desertion animiert. Nun sitzen sie in Bogotá fest. Die meisten sind frustriert, weil die Prüfung ihrer Visa-Anträge sich hinzieht, etliche wurden bereits abgelehnt. So wie im Juli der des 37-jährigen Physiotherapeuten Alexander Martínez Rojas aus Mayabeque, der im »Nuevo Herald« darüber klagt, mit elf weiteren Kubanern in einer winzigen Wohnung in Patio Bonito, einem der am meisten heruntergekommenen und gefährlichsten Stadtteile Bogotás, leben zu müssen. Statt für viel Geld, schöne Autos und eine komfortable Wohnung haben die Gescheiterten ihr Leben in Kuba nun für ein unsicheres Dasein zwischen Drogenmafia, Zuhälterbanden und brutalen Straßengangs eingetauscht. Wie die Zeitung berichtet, vermuten die

Zeitung vum Lëtzebuenger Vollek

Boîte postale 403
L-4005 Esch-sur-Alzette

Die Redaktionsräume

3, rue Zénon Bernard
L-4030 Esch-sur-Alzette

Tel. : 446066 - 1
Fax. : 446066 - 66
Email : info@zlv.lu

Ansprechpartner Archiv

Kontakt

Name : *
Vorname :
Straße :
PLZ / Ort :
E-mail : *

(*) Pflichteingaben

Anfrage senden

Abgelehnten, daß die USA-Behörden Ärzte, Zahnärzte und hoch qualifizierte Spezialisten bevorzugen, an anderem medizinischen Personal aber kein großes Interesse haben. Téllez, der vom kubanischen Staat kostenlos zum Arzt ausgebildet wurde, hatte »Glück«. Er darf in dieser Woche nach Miami fliegen. Dennoch rät er nicht dazu, es wie er zu machen. Nach gut einem halben Jahr in Bogotá ist er pleite. Rund 2.000 US-Dollar, die er während seines Einsatzes in Venezuela gespart hatte, waren schnell weg. Danach konnte der Mediziner sich mit schlecht bezahlten Gelegenheitsjobs gerade so über Wasser halten. Er ist froh, der Hölle von Bogotá endlich zu entkommen.

Für den rechten Flügel der Republikanischen Partei ist die Situation der Gestrandeten ein willkommenes Thema im beginnenden Präsidentschaftswahlkampf. Die kubanischstämmigen Kongreßabgeordneten Ileana Ros-Lethinen und Mario Díaz-Balart (beide Florida) werfen der Obama-Administration vor, das von Vorgänger George W. Bush 2006 initiierte Abwerbeprogramm auf dem Altar der Verhandlungen mit Kuba zu opfern. John Kirby, Pressesprecher des State Department, bestreitet das energisch. Es gebe derzeit keine Überlegung, das Programm abzuschaffen, sagte Kirby am Donnerstag vor der Presse. Während die Rechten und exilkubanische Contras sich für dessen Fortsetzung stark machen, weil es ihrer Meinung nach sowohl Kuba als auch dessen medizinische Hilfe für Länder mit progressiven Regierungen wie Venezuela, Bolivien, Ecuador und Brasilien schwächt, haben Rosa DeLauro (Connecticut) und weitere 14 Kongreßabgeordnete der Demokratischen Partei Obama gebeten, von seinem Recht Gebrauch zu machen, das Programm zu beenden.

Seit dem Einsatzes kubanischer Mediziner im Kampf gegen die Ausbreitung des Ebola-Virus in Westafrika, und der Soforthilfe nach dem Erdbeben in Nepal sowie in zahlreichen anderen Krisenregionen nimmt der innenpolitische Druck auf Obama zu, die Aktivitäten zur Destabilisierung Kubas einzustellen. Die konservative Tageszeitung »Wall Street Journal« hatte das CMPP-Programm bereits im Januar 2011 als Relikt des Kalten Krieges bezeichnet. Und die Herausgeber der einflußreichen »New York Times« mahnten im Oktober 2014 in einem Leitartikel über »Kubas beeindruckende Rolle« beim Ebola-Einsatz: »Die Arbeit der kubanischen Mediziner nützt den weltweiten Anstrengungen und sollte deswegen anerkannt werden.« Das Abwerbeprogramm signalisiert jedoch das Gegenteil davon und belastet zudem die Gespräche zur weiteren Normalisierung. Havanna hat mehrfach deutlich gemacht, daß es keine normalen Beziehungen zwischen beiden Ländern geben könne, solange das Programm aktiv ist.

Volker Hermsdorf

Kubanische Ärzte und Schwestern helfen seit vielen Jahren in vielen Ländern der Welt, wie zum Beispiel im Januar 2010 bei der Versorgung von Opfern des Erdbebens auf der benachbarten Insel Haiti



Dienstag 25. August 2015

Copyright © 2007 Zeitung vum Lëtzebuenger Vollek | Startseite | Impressum |